

FOLGT DEM CORONA-LOCKDOWN DER KÄLTEWINTER?

THOMAS KIRSTE
Mitglied des Sächsischen Landtags



Kaum war die Coronapandemie der letzten zwei Jahre mitsamt ihrer drastischen beiden Lockdowns überwunden, trifft Deutschland die schwerste Energiekrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs: Beinahe wöchentlich verteuern sich Lebensmittel und Bedarfsartikel in den Su-

permärkten. Die Preise für Strom, Heizgas sowie Benzin klettern in nie erfahrene Höhen. Viele Haushalte und Unternehmen wissen nicht mehr, wie sie ihre Rechnungen im kommenden Winter noch zahlen können. Die Bundesregierung steuert Deutschland in eine gewaltige Rezession hin-

ein. Doch trägt der Krieg in der Ukraine, wie von Berlin behauptet, tatsächlich die Alleinschuld für diese Misere? Mitnichten! Warum auch die ideologisch motivierte Politik von SPD, Grünen und der FDP im Bund bewusst zur Verknappung unserer Ressourcen beiträgt, erfahren Sie auf Seite 6.



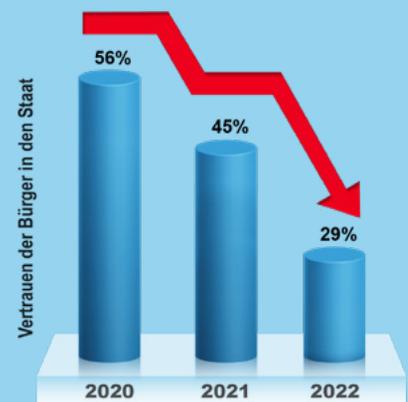
Rauhental Meissen. Statt Parkplätze für Anwohner zu erhalten, baut die Stadt einen kaum benutzten Fahrradstreifen. S. 5



Sächsische Kinderhilfe e.V. Ehrenamt. Diesen März gründete sich in Meissen ein neuer Verein, um Kindern in Not zu helfen. S. 7

BÜRGER HALTEN STAAT FÜR

HOFFNUNGSLOS ÜBERFORDERT!



Nur noch 29 Prozent der Deutschen sind der Meinung, dass der Staat seinen Aufgaben noch gewachsen ist. Dies ergab eine Umfrage des Deutschen Beamtenbundes vom August 2022.

Quelle: https://www.dbb.de/fileadmin/user_upload/globale_elemente/pdfs/2022/1orsa_2022.pdf

GESCHEITERTE MIGRATIONSPOLITIK

SOZIALSTAAT STATT ARBEITSMARKT



Über 15.000 Ausländer waren im Juni diesen Jahres in Sachsen vollziehbar ausreisepflichtig, davon mehr als 620 allein im Landkreis Meissen. Tatsächlich abgeschoben wurden sachsenweit seit Jahresbeginn jedoch gerade einmal 248 Ausreisepflichtige – eine Erfolgsquote der Landesregierung von 1,6 Prozent. Komplett überfordert sah sich vor allem das Meißner Ausländeramt. Hier führten die Beratungsgespräche mit 158 Ausreisepflichtigen zu einer einzigen erfolgreichen Ausreise. Die 16.000 Euro Beratungskosten trägt wie immer der Steuerzahler. Mehr zu diesem Skandal lesen Sie auf Seite 4.

FÜR SIE EHRENAMTLICH AKTIV – IHRE AFD MEISSEN!



Meißen, das ist altes Kulturland, wo Wein im Elbtal wachsen kann und die Lössböden der Lommatzcher Pflege bis zu drei Gemüseernten im Jahr ermöglichen. Unsere Heimat ist wunderschön. Sie zu bewahren, ist unsere Ambition. Doch verlangt politisches Engagement immer handfeste Gründe. Wir sind uns der Probleme durchaus bewusst: So mangelt es insbesondere an einer Förderung von Strukturen und Freizeiteinrichtungen, um die Jugend sowie junge Familien in der Region zu behalten. Hier wäre eine einfache und unbürokratische Förderung von Jugendprojekten wünschenswert; ebenso ein besserer Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, insbesondere für Angebote auch zu späterer Stunde und auf mehr Strecken. Überdies ist die illegale Ablage von Müll im gesamten Kreisgebiet ein zunehmendes Problem, das angegangen gehört. Unsere Natur muss auch für zukünftige Generationen bewahrt werden. Die Mitglieder der Jungen Alternative Meißen werden sich anstrengen, um ihren Vorschlägen in Zukunft nicht nur auf dem Papier Gehör zu verschaffen, sondern auch in den Parlamenten des Landes und unserer Kommune.

Ferdinand Schaulin

Student, Junge Alternative, Klipphausen

Was unsere Heimat ausmacht, das ist die Geschichte und sind die Geschichten der Menschen, die sich hier zuhause fühlen. Es sind unsere kulturellen Errungenschaft vom höchsten historischen Baudenkmal bis zum kleinsten gepflügten Felde und bepflanzten Garten. Und es sind vor allem auch unsere über die Jahrhunderte gewachsenen Traditionen: Sächsisches Brauchtum und Kulturgut, welches in der oftmals mühevollen, stets jedoch dankbaren Arbeit unzähliger Vereine und Ehrenämter weiterlebt. Ob Schützenfest oder Weinfest-Organisation – das kulturelle und Vereinsleben unserer Heimat wird von der Landes- und Bundespolitik oftmals nur stiefmütterlich behandelt. Dabei schafft gerade die Anbindung der jungen Generation an die alten Traditionen für jeden von uns Beständigkeit, Zugehörigkeit und Heimatverbundenheit. Das Vereinsleben zu fördern und vor allem auch politisch zu stützen, ist für die Gemeinderäte der AfD von daher besonders wichtig und unser Versprechen an die Bürger unserer Gemeinde.



Hans-Jürgen Stendal

Diplom-Museologe, AfD-Gemeinderat Weinböhla



Kurze Beine, kurze Wege: So lautet einer der wichtigsten Forderungen der AfD für eine bessere Bildungspolitik in unserer Heimat. Das ländliche Leben gehört erhalten, gestärkt, gefördert. Und besonders auch für die Zukunft, für unsere Kinder und Enkelkinder attraktiv gestaltet, damit die sächsischen Dörfer nicht eines Tages aussterben. Verpflichtend sind hierfür neben einem vitalen Einzelhandel auf dem Lande auch regional angesiedelte Schulen. Gerade den Kleinsten ist es schwer zumutbar, jeden Tag dutzende Kilometer zu ihren Klassenräumen zurücklegen zu müssen. Die verfehlte Bildungs- und Regionalpolitik der Landesregierung sorgte zuletzt für einen spürbaren Mangel an Lehrern und Ärzten im ländlichen Raum. Letztere sind besonders auch von Senioren, die sich aus ihrer anvertrauten Heimat nicht entwurzeln lassen wollen, von großer Wichtigkeit. Wir von der AfD kämpfen dafür, dass ein Leben auf dem Land jenem in der Stadt in nichts nachzustehen hat. Heimat ist für uns mehr als nur ein bloßes Wort, Heimat ist Zukunft.

Udo Storm

Lehrer i.R., Nossen

INHALTSVERZEICHNIS

04 | **Asyl & Migration**
Meißens verfehlte Asylpolitik

05 | **Stadt & Land**
Stadt verursacht Parpplatzmangel

06 | **Stadt & Medien**
Von der Corona- zur Gaskrise

07 | **Vereinsleben**
Hilfe für die Kleinsten

08 | **Vermischtes**
Bürgerbefragung

VORWORT

„Durch die Abschaltung konventioneller Kraftwerke in Deutschland ist die Energiekrise vor allem ideologisch motiviert.“



Liebe Bürger,

wie glaubwürdig ist die Sachsen-CDU in Zeiten der Krise? Seit Monaten zeichnet sich für die Bürger und Unternehmen unseres Landes ein düsterer Winter ab, dessen Mehrkosten für Strom und Wärme gerade viele ärmere Haushalte nicht mehr aus eigener Kraft zu stemmen vermögen. Als Ursache dieser Krise benennen Politiker die Einschränkungen der russischen Gaslieferungen an Deutschland. Doch zur Wahrheit gehört auch: Erdgas machte im 1. Quartal diesen Jahres gerade einmal 13 Prozent der Stromerzeugung aus; Kohle und Kernenergie hingegen fast 40 Prozent. Durch die Abschaltung konventioneller Kraftwerke in Deutschland ist die Energiekrise vor allem ideologisch motiviert. Treibende politische Kraft dahinter war neben den Grünen auch die CDU unter Angela Merkel.

Zur Frage der Gaskrise schlägt Sachsens CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer plötzlich besorgte Töne an: „Und das muss man dieser Bundesregierung in aller Härte sagen“, gab sich Kretschmer Mitte Juli im ZDF-Morgenmagazin betont Berlin-kritisch. „Sie hat noch im März sehr vollmundig gesagt: wir sind auf alles vorbereitet. Kein Problem, egal, was Herr Putin tut. Die Versorgung ist gesichert. Das ist erkennbar nicht der Fall.“ Kritischen Journalisten hätte diese Aussage eine Steilvorlage zum Kreuzverhör geliefert. Doch selbige sind im Gegensatz zur Hofberichterstattung in Deutschland rar gesät. Aus diesem Grund habe ich vergangenes Jahr die „Meißner LandkreisPost“ ins Leben gerufen. Unsere Bürger verdienen einen ehrlichen und sachlich fundierten Journalismus, der auch Themen aufgreift, die von den regierungsnahen Medien oft ignoriert werden.

In diesem Zusammenhang sei an Kretschmers eigene Aussage von eben jenem März erinnert: „Die Bundesregierung tut alles, damit die Versorgungssicherheit auch weiter gewährleistet bleibt“, verkündete der Ministerpräsident damals großspurig. „Wir sehen aktuell keine Versorgungsengpässe. Für die kommenden Wochen und den Sommer könnten wir dank der bereits ergriffenen Vorsorgemaßnahmen auf russisches Gas verzichten.“

In seiner Rolle als ehrlicher Makler sächsischer Interessen hatte Kretschmer schon vorab an Glaubwürdigkeit verloren: Im Mai 2019 lehnte er die Erhöhung der Rundfunkgebühr vehement ab – und forderte selbige nur ein Jahr später mit gleicher Vehemenz ein. Im November 2021 wollte er „das Land“ vor einem Corona-Lockdown „schützen“, nur um einen Monat später zu erklären, die Maßnahmen des Bundes würden „nicht ausreichen“. Im gleichen November lehnte er die Impfpflicht mit den Worten ab: „Wir müssen nach dieser Krise auch weiter gemeinsam leben.“ Nur 30 Tage später wollte er sich in einem WELT-Interview nicht mehr an seine Worte erinnern und erklärte: „99,8 Prozent der Bürger stehen zu diesen Maßnahmen.“

Ihnen, liebe Bürger, seien erneut anregende Lesestunden mit der neuen Ausgabe unserer „Meißner LandkreisPost“ gewünscht. Ich freue mich auf Ihre Zuschriften.

Thomas Kirste
Mitglied des Sächsischen Landtags

THOMAS KIRSTE

geboren: 1977 in Meißen

Beruf: Hochschulmitarbeiter

Berufliche Ausbildung:

1994 bis 1998

Deutsche Bahn AG Coswig;
Ausbildung zum Elektroniker

1998 bis 2002

Handwerksbetrieb Meißen:
technischer Leiter

2003 bis 2008

Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden:
Studium der Betriebswirtschaft

2005

Satakunta University of Applied
Sciences Business and
Administration Rauma Finnland:
Studium der Betriebswirtschaft

2009 bis 2011

Sächsische Aufbaubank:
Technologieförderung

2012 bis 2014

Zukunftsagentur Brandenburg:
Regionalmanager

seit 2015

Freiberuflicher Unternehmer:
Projektdienstleistung

seit 2017

Hochschule Mittweida: Transfermanager

seit Oktober 2019

Mitglied des Landtags

Kulturpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag
Vorsitzender der Meißner AfD-Stadtratsfraktion
Kreisrat des Landkreises Meißen

ENDSTATION SOZIALSTAAT STATT ARBEITSMARKT:

Asylpolitik des Landkreises Meißen erneut katastrophal



Foto: privat

Ist das Meißner Ausländeramt seiner Arbeit noch gewachsen? Die klaren Fakten sprechen dagegen: Mindestens 158 abgelehnte und somit ausreisepflichtige Asylbewerber hatte die im Landratsamt Meißen angesiedelte Behörde allein im ersten Halbjahr 2022 zum Beratungsgespräch eingeladen, um eine „freiwillige Ausreise“ in deren jeweiliges Heimatland zu besprechen. **Nur ein Einziger** der 158 ausreisepflichtigen Asylbewerber reiste jedoch am Ende tatsächlich freiwillig aus. Mit seiner geringen „Erfolgsquote“ von gerade einmal 0,6 Prozent erfüllter Leistung bildet der Landkreis Meißen das traurige Schlusslicht unter sämtlichen Landkreisen des Freistaats Sachsen. **Zum Vergleich: In der Stadt Leipzig nahmen von 124 beratenen abgelehnten Asylbewerbern zumindest 42 Personen das Angebot der Behörde zur vom Staat finanziell geförderten freiwilligen Ausreise an; in Dresden immerhin 26 von 103 abgelehnten Asylbewerbern; in Zwickau 20 von 59 und in Bautzen 38 von 160 abgelehnten Asylbewerbern.**

„Ein unvorstellbares Versagen“ bescheinigt der Meißner AfD-Direktabgeordnete Thomas Kirste, der die Bürger des Wahlkreises Meißen 3 im Sächsischen Landtag vertritt, dem Ausländeramt aufgrund der vorliegenden Daten. Immerhin seien den Meißner Steuerzahlern hierbei allein Beratungskosten in Höhe von fast 16.000 Euro entstanden. „Dabei wird den abgelehnten Asylbewerbern die Rückkehr in ihre Heimat sogar noch mittels Förderprogrammen der Bundesregierung (REAG/GARP) mit 1.000 Euro Taschengeld sowie der Übernahme von

Reise- und medizinischen Kosten schmackhaft gemacht.“ Der schwachen Willensleistung des Meißner Ausländeramtes wird die AfD in den kommenden Monaten auf den Grund gehen, verspricht Kirste, und nötigenfalls auch personelle Konsequenzen in der Behörde einfordern.

Zu tun gäbe es für das Ausländeramt immerhin reichlich im Landkreis Meißen: Eine Anfrage Kirstes an den Meißner Landrat Ralf Hänsel vom Frühjahr 2022 ergab, dass zum Stichtag des 31. Dezember 2021 mindestens 1.339 Flüchtlinge und Asylbewerber im Landkreis untergebracht waren. Mit einer Anzahl von 550 Personen waren über 41 Prozent dieser Flüchtlinge unter anderem aufgrund abgelehnter Asylanträge vollziehbar ausreisepflichtig. Tatsächlich abgeschoben wurden 2021 hingegen gerade einmal 18 Personen, vornehmlich nach Georgien und Tunesien. **Bis zum Juni 2022 hatte sich die Zahl ausreisepflichtiger Ausländer dagegen auf 621 Personen erhöht;** in ganz Sachsen betrug deren Anzahl sogar 15.346 Personen – vergleichbar der Einwohnerschaft einer ganzen sächsischen Kleinstadt. Sachgebietsleiterin für „Asyl und Integration“ und somit auch zuständig für die Rückkehrberatung im Landratsamt ist übrigens Landrat Hänsels eigene Frau.

„Die Kosten allein für illegale Migranten gehen in unserem Landkreis mittlerweile in die Millionen“, kritisiert Kirste den mangelhaften Abschiebewillen der Staatsregierung. „Auch diese Ausgaben müssen von den Steuerzahlern erst erwirtschaftet werden. Es ist den Menschen nicht mehr zu erklären, warum unsere Bürger

mit dem Fleiß ihrer Arbeit für den Lebensunterhalt von Personen aufzukommen haben, die sich vom Gesetz her überhaupt nicht in Deutschland aufhalten dürften. Anstelle unsere Asylgesetze zum Nachteil derer weiter auszuhöhlen, die tatsächlich vor Krieg und Verfolgung zu uns fliehen und denen wir aus Nächstenliebe gern zur Seite stehen, gehört dem Missbrauch unseres Asylsystems endlich ein Riegel vor- und illegale Einwanderer kompromisslos abgeschoben.“

Prekär bleibt weiterhin auch die Arbeitsmarktsituation im Migrationsbereich: **So gingen den Aussagen des Meißner Landrats zufolge im vergangenen Jahr gerade einmal 14 Prozent aller Flüchtlinge mit anerkanntem Flüchtlingsstatus einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach** – darunter lediglich 20 Frauen. Ganze zwölf Asylbewerber im laufenden Verfahren befanden sich in einem Ausbildungsverhältnis, weitere 22 Asylbewerber mit Anerkennungsstatus verfügten über eine Duldung aufgrund eines Ausbildungsangebots. Hingegen waren über 900 Staatsbürger vorrangig der Herkunftsländer Syrien, Afghanistan und dem Irak regelleistungsberechtigt für den Erhalt von Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld. Rund 550 Migranten dieses Personenkreises bezogen Grundsicherung nach dem SGB II (sog. „Hartz IV“). Von diesen besaßen lediglich 22 Personen bzw. ganze vier Prozent eine anerkannte Berufsausbildung sowie lediglich 30 Prozent einen anerkannten Schulabschluss.

„Anstatt die Abwanderung unserer eigenen hochqualifizierten Bürger zu stoppen und diese mit einer besseren Arbeits- und Familienpolitik zur Rückkehr zu bewegen, fördert unsere Regierung lieber weiter eine unkontrollierte Migration, die unseren Sozialstaat immer teurer belastet“, mahnt Kirste. „Integration ist hingegen keine Einbahnstraße, die nur von uns Deutschen geleistet werden muss – auch und gerade Flüchtlinge haben sich aktiv um Aufnahme und Ausbildung, um Arbeit und Auskommen zu bemühen. Und schlussendlich schadet jeder angebliche Flüchtling, der nur nach Deutschland kommt, um sich in der sozialen Hängematte zu bequemem, den tatsächlichen Flüchtlingen, die angesichts von Krieg und Verfolgung unsere Solidarität auch wirklich verdient haben.“

AFD-UMFRAGE ZUM RAUHENTAL:

Anwohner brauchen Parkplätze statt ungenutzten Radweg

Diesen Frühling fielen so manchem Anwohner des Meißner Rauhentials förmlich die Augen aus dem Kopf: Dreißig Jahre lang durften sie vor ihren Häusern auf der dicht besiedelten Straße mit dem Auto parken. Plötzlich und über Nacht herrschte absolutes Halteverbot, das Ordnungsamt verteilte Knöllchen, ein neuer Schutzstreifen für Radfahrer verhindert nun auch auf der anderen Straßenseite das verkehrskonforme Parken. Letzterer kostete ganze 4.500 Euro für ein paar Eimer Farbe. Ob der Radweg je groß genutzt wird, ist fraglich. „Mit Anwohnern wurden keine Gespräche zum Wegfall der Parkflächen geführt“, bestätigt das Ordnungsamt auf Nachfrage des Meißner AfD-Stadtrats Thomas Kirste. „Eine Anwohnerbeteiligung war hier nicht zielführend.“ Wer auf dem Rauhental wohne, so das Ordnungsamt, dem sei zumutbar, sein Auto auf der Wettin- und Kerstingstraße abzustellen. Die hohe Steigung des Rauhentials, das Sicherheitsempfinden für das eigene geparkte Auto, gehbehinderte Anwohner und auch schwere Einkäufe sind dem Ordnungsamt hier zweitrangig nach dem Wohlgefühl einer täglichen Handvoll gemütlich radelnder Fahrradfans.

Nach Einführung der neuen Maßnahmen erreichten das Ordnungsamt eigenen Angaben zufolge „zahlreiche Gespräche sowie Anrufe von Anwohnern“. Das Ordnungsamt behauptet, sie konnten „jedem Anwohner behilflich sein.“ Die AfD-Fraktion im Meißner Stadtrat wollte es genauer wissen: Sie bat im Juli die betroffenen Anwohner der Rauhentalstraße in einer Umfrage um ihre Meinung zur neuen Verkehrsführung – und kam zu einem ganz anderen Bild der Lage als das Ordnungsamt. Zur Debatte standen u.a.

die neue Tempo-30-Zone sowie die ersatzlose Streichung der Anwohnerparkplätze. Gleich dutzende Briefe gingen daraufhin bei der Meißner AfD ein. „Gut 85 Prozent aller bislang eingegangenen Anwohnerbriefe sind mit der neuen Verkehrsführung zutiefst unzufrieden“, fasst Kirste die Ergebnisse der jüngsten Anwohnerbefragung zusammen. „Ältere Bürger, die nicht mehr gut zu Fuß sind, wissen nicht mehr, wo sie noch parken sollen. Der neue Radweg, berichten andere, würde von fast niemandem benutzt. Zum Schluss sei die Tempo-30-Zone höchstens zu Schulzeiten sinnvoll. Aber auch dann nur, wenn die Eltern schulnah parken könnten, um ihre Kinder abzusetzen.“

Eine erhöhte Unfallgefahr wurde auf dem Rauhental übrigens nie festgestellt: Zwischen 2016 und 2020 zählten die Behörden immerhin zwar drei Unfälle mit Fahrradbeteiligung – was allerdings nur etwa einen Unfall aller zwei Jahre ausmacht. „Wir sehen hier vielmehr den Versuch, eine angeblich 'grüne' Radfahrpolitik auf Kosten und zu Lasten der unzähligen, auf ihr Auto dringend angewiesenen Anwohner durchzusetzen. Zu Lasten jener Bürger also, die tagtäglich ihr Auto brauchen, um zur Arbeit zu kommen, und vor allem auch auf Kosten jener älterer Mitbürger, die ohne ihr Auto keine größeren Einkäufe mehr tätigen können.“ Über einen Antrag der AfD zur Wiederherstellung der gestrichenen Parkplätze wird demnächst vom Meißner Stadtrat entschieden. Diesmal hoffentlich im Sinne der Anwohner des Rauhentials.



Foto: privat

IN GEDENKEN AN...



Foto: privat

STADTGESCHICHTE

Wieviel Gedenkpolitik ist unserer Wiege Sachsens würdig? Im Januar diesen Jahres hatte die AfD-Fraktion im Meißner Stadtrat einen Antrag eingereicht, um mit einer Schweigeminute an das Maueropfer Jürgen Hainz zu erinnern. Am 14. Januar 1972 starb der gebürtige Meißner an den Folgen einer Schussverletzung, die ihm ein DDR-Grenzsoldat während eines Fluchtversuchs beifügte. Hainz war zum Zeitpunkt seines Todes gerade einmal 21 Jahre alt. Dieses Jahr wäre der 50. Jahrestag seiner Ermordung durch das DDR-Regime. Die Altparteien im Stadtrat lehnten jedoch ab: Jürgen Hainz sei für eine Schweigeminute „zu unbedeutend“. Stattdessen erwartete man die Aufarbeitung der gesamten DDR-Geschichte Meißens durch ein Historikerteam.

AfD-Stadtrat Thomas Kirste hatte diesen Antrag jedoch schon längst gestellt: Nämlich zu genau jener Aufarbeitung der Meißner DDR-Geschichte. Doch abermals verwehrt sich die Altparteien im Stadtrat; diesmal mit der fadenscheinigen Begründung, eine solche Aufarbeitung sei „viel zu umfangreich“. Dem tragischen Schicksal des jungen Meißner Grenzopfers Jürgen Hainz zu gedenken, hatten die Altparteien für sich reklamiert. Passt es seitdem – rein gar nichts mehr. Diese desolaten Gedenkpolitik der Stadt Meissen stellt längst keinen Einzelfall dar: Bereits im vergangenen Winter war die Meißner AfD die einzige Partei, die mit einer Veranstaltung an den damaligen 550-jährigen Geburtstag unserer Albrechtsburg erinnerte. Alle anderen politischen Akteure hatten dieses bedeutende Gedenken schlicht „vergessen“.

AUS DER KRISE IN DIE KRISE

Bundesregierung gefährdet bewusst Grundversorgung



Foto: sai73it / iStock.com

Vergangenen Winter standen in Meißen die Zeichen auf Protest: Regelmäßig jeden Montag trafen sich erst dutzende, später hunderte und ab Februar weit über eintausend Bürger im Zentrum der historischen Wein- und Porzellanstadt, um mit friedlichen Spaziergängen gegen die verfehlte Coronapolitik der Bundes- und Landesregierung zu protestieren. Auch in vielen anderen Städten und Gemeinden gingen die Bürger auf die Straßen. Der verständliche Unmut der Menschen richtete sich gegen den Lockdown, gegen berufliche wie private Grundrechtseinschränkungen, gegen fehlende Möglichkeiten zur Mitbestimmung, insbesondere jedoch auch gegen die von der Bundesregierung beschlossene einrichtungsbezogene Impfpflicht. Aufgrund erwarteter Kündigungswellen drohte ein ganzer medizinischer Sektor zu kollabieren.

Mit ihren wochenlangen Protesten erzielten die aufgebracht Bürger am Ende zumindest einen Teilerfolg. Grund war unter anderem auch eine von der Meißner AfD ins Rollen gebrachte Petition. So überbrachte der Meißner AfD-Landtagsabgeordnete Thomas Kirste Ende März dem Landrat des Landkreises Meißen eine dicke Mappe an Unterschriften: Fast 2.300 Bürger hatten in den acht Wochen zuvor Kirstes Petition gegen die einrichtungsbezogene Impfpflicht unterzeichnet. „Diese zahlreichen Unterschriften“, mahnte Kirste damals, „sind ein flammender Appell gerade der Mitarbeiter im medizinischen und Pflegebereich, die mit Einsatz und Pflichtbewusstsein in der Coronakrise an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gegangen

sind, die nun aber dem Selbsterhaltungswohl einer vollkommen aus dem Ruder gelaufenen Coronapolitik geopfert werden sollen.“

Zur Petitionsübergabe bestätigte der Meißner Landrat die eindringliche Mahnung Kirstes, eine Impfpflicht für Pfleger sei aufgrund der vorherrschenden Omikron-Variante des Virus drastisch überzogen sowie medizinisch überdies von fragwürdigem Nutzen. Entlassungen im Gesundheitswesen gehörten zwingend vermieden, um die Grundversorgung der Bevölkerung nicht zu gefährden. Von der Verhängung von Geldstrafen und Berufsverböten, versprach der Landrat weiterhin auch in Anbetracht der eingereichten Petitionsmappe, wolle das Landratsamt soweit wie möglich absehen. Zumindest dieses abgerungene Versprechen scheint der Meißner Landrat bis heute einzuhalten.

Doch der krisenfreie Sommer währte für die Meißner Bürger nur kurz: Im Schatten des Ukrainekriegs erleidet Deutschland seit Monaten die schlimmste Preis- und Energiekrise seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Sprunghaft steigen die Kosten für Nahrungsmittel, Strom und Benzin. Die Bundesregierung sieht sich in der Bewältigung der Krise überfordert und kommt mit dem Schnüren neuer Rettungspakete nicht mehr hinterher. Bereits für diesen Winter fürchten viele Deutsche, an den Ausgaben ihrer Heizkosten zu scheitern. Das Szenario, welches der Präsident der Bundesnetzagentur kürzlich für den Winter 2023 beschrieb, ist noch deutlich düsterer. Das Vertrauen in einen handlungsfähigen Staat ist mit nur 29 Prozent aller Bürger auf einen his-

torischen Tiefstand gesunken. Und führende Politiker wie die Grünen-Außenministerin Annalena Baerbock haben sich längst vom Wohle des eigenen Volkes abgewandt.

Auf einer internationalen Konferenz in Prag hatte Baerbock erst im August verkündet: „Egal was meine deutschen Wähler denken, ich werde mein Versprechen der Ukraine gegenüber halten!“ Die Sanktionen gegen Russland, die infolge eines russischen Gaslieferstopps nach Deutschland auslösten, würden der Aussage der deutschen Außenministerin nach auch dann nicht ausgesetzt, wenn im Winter „Menschen bei uns auf die Straße gehen werden, weil sie die Energiepreise nicht mehr zahlen können.“ Nun ist es unzweifelhaft, dass nur ein geringer Anteil des deutschen Stroms überhaupt aus Erdgas gewonnen wird, nämlich in etwa 13 Prozent. Was die Bürgerhaushalte und Unternehmen tatsächlich trifft, ist hingegen die ideologisch bedingte Abschaltung konventioneller Kohle- und Kernkraftwerke zugunsten angeblich klimaneutraler Alternativen. Doch die Sonne scheint im Winter erfahrungsgemäß nur kurz, und Windenergie ist unzuverlässig. Teure Stromimporte aus dem benachbarten Ausland, auch von Kernkraftwerken aus Tschechien und Frankreich, werden die Regel. Und der von den politischen Führungskräften vorgeschobene Krieg in der Ukraine sieht bislang keinen Hoffnungsschimmer am Verhandlungstisch.

„Die europäischen Regierungen gehen von einer Kriegsdauer von mindestens drei bis sechs Jahren aus“, berichtet Kirste von den Ergebnissen einer Landtagskonferenz, die ihn im Frühjahr nach Vilnius geführt hatte. „Für uns Deutsche bedeutet dies weitere drei bis sechs Jahre Energiekrise und Inflation – zuzüglich zu den kommenden Coronamaßnahmen.“ Betroffen von den Kältewintern werden u.a. auch Schulen, Arbeitsplätze und Freizeiteinrichtungen sein. Am 1. September wurde bereits die Abendbeleuchtung der Albrechtsburg als Wahrzeichen Meißen abgeschaltet. Der Protest gegen die von der Regierung verursachte Energiekrise wird in diesem Winter wohl im Dunkeln stattfinden müssen. Doch sich entsprechendes Gehör zu verschaffen, wird den mutigen Meißnern auch in dieser Krise niemand verwehren können.

SÄCHSISCHE KINDERHILFE E. V.

Den Kindern die Last des Krieges nehmen!

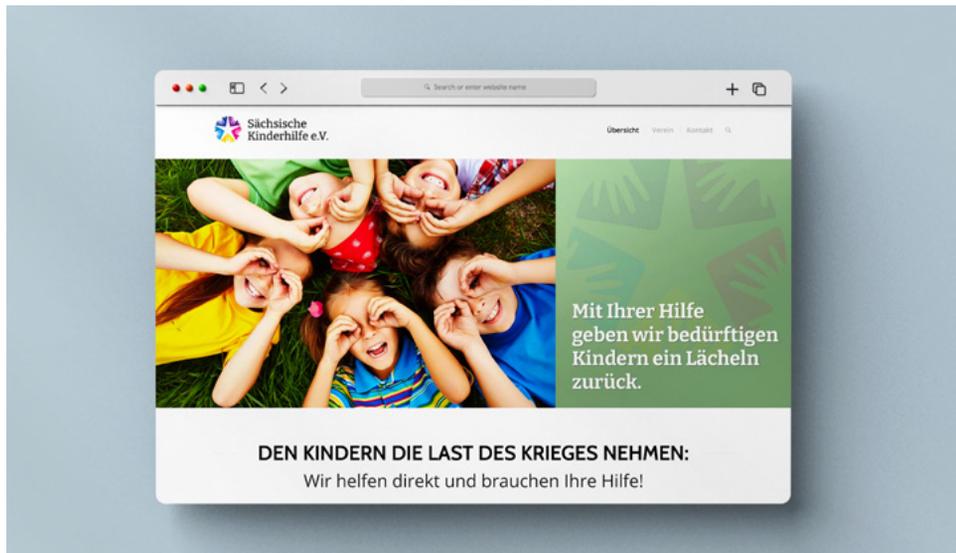


Foto: privat

Krieg ist die schlimmste Geißel der Menschheit. Kaum jemand hätte geglaubt, dass im Europa des 21. Jahrhunderts noch einmal ein großer Krieg ausbrechen könne. Seit Ende Februar 2022 jedoch befinden sich mit Russland und der Ukraine die zwei größten Staaten des europäischen Kontinents erneut im Kriegszustand: Seitdem überschatten uns wieder dramatische Bilder der Zerstörung ganzer Städte sowie des Todes und der Vertreibung zahlloser Menschen. Ende August 2022 schätzte das UNHCR die Zahl ukrainischer Flüchtlinge auf über elf Millionen. Unzählige weitere Ukrainer gelten als Binnenflüchtlinge im eigenen Land. Das größte Leid in diesem Konflikt durchleben gerade die Kinder der Region; die Unschuldigen, die ganz sicher niemals

Krieg erfahren wollten und auch niemals den Schrecken des Krieges erfahren sollten. Die Ukrainer in Deutschland sind glücklicherweise bereits abgesichert. Wir wollen vor Ort in der Ukraine helfen, wo Hilfe am Nötigsten ist – hilft uns mit!

„Der Krieg in Europa betrifft uns alle“, berichtet Vereinsgründer Thomas Kirste. „Viele von uns haben ukrainische und russische Freunde und Bekannte. Auch aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, gerade den Schwachen und Leidtragenden dieses Kriegs schnell und un-

bürokratisch zu helfen: Mit lebensnotwendigen Sachspenden, die wir direkt zu den Hilfsbedürftigen in die Ukraine bringen. Damit sichergestellt wird, dass die Hilfe auch unbürokratisch und ohne Verwaltungskosten bei den Kindern und Familien der Krisenregion ankommt, haben wir im März 2022 den gemeinnützigen Verein Sächsische Kinderhilfe e.V. ins Leben gerufen, um Sammelaktionen und Auslieferung der Spenden unserer Bürger an die Kinder der Ukraine zu koordinieren, gleich ob sie ukrainisch oder russischstämmig sind.“

Die Vorteile der Sächsischen Kinderhilfe gegenüber anderen humanitären Vereinen beruhen auf drei Konzeptsäulen, erklärt Kirste. Durch die persönlichen Bindungen von Vereinsmitgliedern ist der Verein vor Ort bereits vernetzt. Mit seinen flachen Verwaltungsebenen und dem Verzicht auf teure Außenwerbung agiert der Verein unbürokratisch und kostenneutral. Da die Mitglieder allesamt ehrenamtlich tätig sind, kommen die Spenden direkt und zu hundert Prozent vor Ort an. „Wir wollen in diesem Konflikt nicht wertend auftreten, sondern ungeachtet der ethnischen Herkunft den bedürftigen Kindern und Familien auf beiden Seiten der Front helfen“, verspricht Kirste. Fleißige Hände zur Mithilfe sind jederzeit herzlich willkommen unter:

<https://saechsische-kinderhilfe.de>

BÜRGERUMFRAGE

Helfen Sie mir, den Landkreis besser zu machen, und teilen Sie mir Ihre Wünsche und Anregungen mit. Dafür bitte diese Karte ausschneiden und die Rückseite ausfüllen.

Vielen Dank!

Ihr
Thomas Kirste



Deutschland. Aber normal.



RÄTSELSPASS

Machen Sie mit bei unserem Kreuzworträtsel. Unter allen richtigen Antworten verlosen wir ein Überraschungspaket der AfD-Fraktion-Meißen.

Senden Sie das Lösungswort unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Adresse an:

Thomas Kirste, MdL.

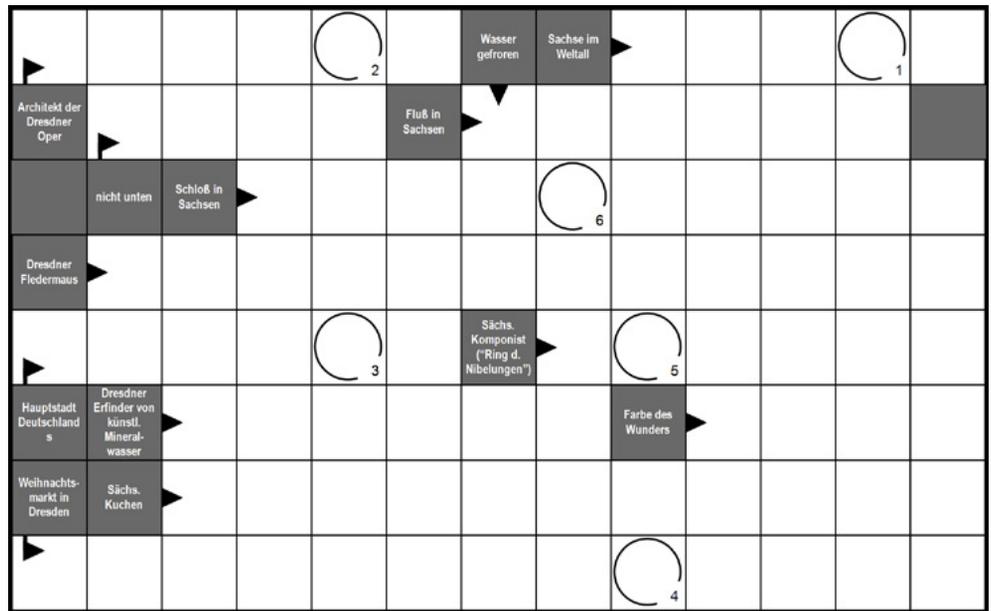
Wilsdruffer Str. 38A, 01662 Meißen

oder schicken Sie eine E-Mail an:

 stadtratsfraktion@afdmeissen.de

Einsendeschluß ist der 30.11.2022

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die erhobenen Daten werden nur zur Gewinnermittlung genutzt.



Lösungswort:

1	2	3	4	5	6
---	---	---	---	---	---

WIR HELFEN MEISSEN – HELFEN SIE UNS.

Mit ihren romantischen Winkeln und Gassen, der majestätisch über der Elbe aufragenden Burg sowie seinen unzähligen Wäldern, Wiesen und Weingärten zur Naherholung gilt unsere Heimatstadt als eine der schönsten Städte Deutschlands. Doch den Reiz Meißen nicht nur unseren Gästen und Bürgern der Stadt, sondern auch zukünftigen Generationen zu erhalten, verlangt von uns allen Arbeit und Leistung ab: Für unser ehrenamtliches Engagement im Vereinsleben sowie auf der politischen Bühne des Meißen Stadtrats benötigen wir Sie!

Ob Sie aktiv die Politik unserer Heimat mitgestalten oder auch nur mit einer stillen Spende unsere Arbeit unterstützen möchten – jede Hilfe ist uns herzlich willkommen.



Bürgerbefragung

Was muss sich in Ihrer Stadt am dringendsten ändern? Wo sehen Sie Handlungsbedarf für die Politik in Ihrer Stadt?

- Ich möchte gern weitere Informationen über die Arbeit der AfD erhalten.
- Ich möchte gern einen Mitgliedsantrag für die AfD zugeschickt bekommen.

Name, Vorname

Anschrift:

Bitte
frankieren

FRAKTION MEISSEN

AfD

AfD-Fraktion Meißen

Wilsdruffer Str. 38A

01662 Meißen

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Meißen

IBAN: DE89 8505 0300 0225 7351 56

Zweck: Stadtratsfraktion Meißen

Herausgeber:

V.i.S.d.P.: Thomas Kirste

Mitglied des Sächsischen Landtags

Wilsdruffer Str. 38A | 01662 Meißen

Kontakt:

 Wilsdruffer Str. 38A | 01662 Meißen

 stadtratsfraktion@afdmeissen.de

 [facebook.com/AfD.Stadt.Meissen](https://www.facebook.com/AfD.Stadt.Meissen)

 www.thomas-kirste.de

